

Rede

MIT MUT, LEIDENSCHAFT UND ENTSCLOSSENHEIT

**von Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion, anlässlich der Plenardebatte zur
Aussprache der Regierungserklärung
am 17. Juni 2021**

Sperrfrist: Redebeginn.
Unkorrigiertes Redemanuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.



V.i.S.d.P.

Thorsten Jung
Fraktionsgeschäftsführer

**SPD-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz**

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

T 06131-208-3228

F 06131-208-4229

Thorsten.Jung@spd.landtag.rlp.de

www.spdfraktion-rlp.de

Lieber Landtagspräsident,

liebe Ministerpräsidentin,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit dem 18. Mai wirkt in Rheinland-Pfalz eine neue Regierung, die in den gleichen Farben strahlt wie die vorherige. Die Wählerinnen und Wähler haben die gleichen Parteien wie zuvor in die Regierung gewählt. Sie trauen diesen zu, die Zukunft zu gestalten. Die vergangenen Monate lassen sich unter der Überschrift zusammenfassen: **Kein Wechsel am 14. März, aber Wandel ab dem 18. Mai. Fünf Jahre lang.**

Es wird also weiterhin eine Ampel-Koalition blinken. Und zwar eine größere als in den Jahren zuvor. Die neue Ampel ist die Ampel 2.0. Sie wird genauso gut oder besser funktionieren wie die Ampel 1.0.

Und ich kann mir vorstellen, dass auch in fünf Jahren wieder eine Ampel aufgestellt wird. Dann eine Ampel 3.0. Wir kümmern uns um die Menschen aus dem Westerwald, aus der Pfalz, dem Rheinland, der Eifel, dem Hunsrück und aus Rheinhessen, um die Menschen von der Mosel und der Nahe, aus dem Ahrtal und dem Lahntal.

Seit über 30 Jahren, seit 10.985 Tagen, inklusive acht Mal dem 29. Februar, regiert die SPD in Rheinland-Pfalz. Das ist eine lange Zeit. Manchen – liebe CDU-Abgeordnete – wird sie bestimmt als unendlich lang vorkommen.

Aber lassen Sie uns nicht zurückschauen. **In der 18. Wahlperiode stehen uns nun noch 1.796 Tage bevor.** Wir stehen vor einer hochspannenden Zeit. Als Koalition des Aufbruchs und der Zukunftschancen werden uns in den fünf Jahren vier zentrale Ziele leiten:

- Die Bewältigung der Corona-Pandemie
- Die Transformation in der Wirtschafts- und Arbeitswelt
- Der Umgang mit der Klimakrise und
- Die Gestaltung der Digitalisierung

In diesem Veränderungsjahrzehnt stellen wir die Weichen so, dass alle Menschen das Beste aus ihrem Leben machen können und die gleichen Chancen haben, ihre Lebensziele zu erreichen. **Wir wollen nicht alles verändern, aber die Neuerungen angehen, die notwendig sind, so dass weiterhin alle Menschen ihre Potenziale ausschöpfen können.** Und wir wollen, dass diejenigen, die es brauchen, Unterstützung bekommen.

Ich bin Sozialdemokratin und werde daher mein Augenmerk immer darauflegen, was zu Beginn des Koalitionsvertrags pointiert steht: „Die bevorstehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüche sind gewaltig, die Gefahr, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet ebenso.“

In diesen Zeiten wäre es fatal, sich den längerfristigen Entwicklungen wie der rasanten Globalisierung, der Automatisierung und dem gesellschaftlichen Strukturwandel einfach hinzugeben. Dann würden wir von den Umwälzungen

schlichtweg überrollt, ohne sie gestalten zu können. Als Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wollen wir daher neue Entwicklungen antizipieren und frühzeitig passende Entscheidungen treffen. Um gemeinsam immer auf Kurs zu bleiben, haben wir einen Zukunftsvertrag erarbeitet und werden ihn Schritt für Schritt umsetzen.

Diese Ampel-Koalition eint mehreres:

Wir von der SPD-Fraktion sowie die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP blicken bejahend auf die Zukunft. Wir haben ein positives Weltbild: **In uns steckt so etwas wie ein Optimismus-Gen.** Wir glauben, dass die Zukunfts-Herausforderungen zu bewältigen sind, wenn wir sie klug und zupackend angehen. Dafür steht unsere Ministerpräsidentin, Malu Dreyer. Man kann es auch so ausdrücken: **Die Zukunft ist unsere Freundin.**

Zudem verbindet uns unser Menschenbild. In den vergangenen Jahren und während der Verhandlungen der vergangenen Wochen hat sich sehr deutlich herauskristallisiert: In Abgrenzung zu reaktionären Parteien sind wir der festen Überzeugung, dass das menschliche Zusammenleben von Freiheit und Toleranz geprägt sein muss, nicht von Dogmen. Wir sind davon überzeugt, dass jeder Mensch eine zweite und auch eine dritte Chance verdient hat und dass der Staat hierfür die Voraussetzungen schaffen muss. Wir bekämpfen das Diskriminieren oder Schlechtreden von Menschengruppen oder Lebensweisen.

Die Ampel 2.0 ist ein Bündnis der Innovativen. Es ist eine Koalition, die auch versucht, jene Menschen mitzunehmen, die Angst vor den anstehenden Veränderungen haben und die um ihren Arbeitsplatz, um ihre Rente und die Zukunft ihrer Kinder bangen.

Als Koalition werden wir Rheinland-Pfalz mindestens bis ins Jahr 2026 prägen. Den Wandel werden wir nicht ohne Diskussionen hinbekommen, und das ist völlig okay so. Bei Verhandlungen im Abgeordnetenhaus oder in Videokonferenzen wird auch mal hitzig gerungen; am Ende aber werden gute Kompromisse stehen. Wenn wir dennoch von anderen als „Kuschelkoalition“ betitelt werden, kann uns das nur freuen: Die Bürgerinnen und Bürger erwarten eine Regierung, die nicht zankt. **Auf der Bühne der Koalitions- und Regierungspolitik soll kein Drama und auch kein Thriller aufgeführt werden, keiner möchte einen Showdown.** Die Menschen wollen gut regiert werden, und dafür stehen wir.

Ich werde nun aufzeigen, was wir als Ampel-Koalition in einzelnen Themenfeldern leisten werden, was wir neben vielen weiteren Punkten konkret angehen.

Innenpolitik

Innere Sicherheit wird in Rheinland-Pfalz seit 30 Jahren großgeschrieben.

Innenminister Roger Lewentz und mit ihm die SPD-Fraktion haben immer im Blick, dass die Rahmenbedingungen für die Polizistinnen und Polizisten, für die vielen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen

im Brandschutz, im Katastrophenschutz und im Rettungsdienst stimmen. Der gesamten Blaulicht-Familie gebührt unser großer Dank. Sie sorgt dafür, dass die Menschen in Rheinland-Pfalz sicher leben können und in Notfällen schnellstmöglich Hilfe bekommen.

Erfolge in der inneren Sicherheit fallen nicht vom Himmel. Sie sind auch das Ergebnis richtiger politischer Entscheidungen, die Folge guter Rahmenbedingungen. **In einer Polizeiinspektion (PI) kann nur herausragende Polizeiarbeit geleistet werden, wenn die richtige Ausstattung vorhanden ist, gut ausgebildetes Personal dort arbeitet und die PI gut organisiert ist.**

Es ist also auch Ergebnis der Politik der SPD-geführten Landesregierung,

- dass sich die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik seit Jahren stets positiv entwickelt und dass sie den niedrigsten Stand an Straftaten seit 1992 aufweist,
- dass die Polizei im vergangenen Jahr eine hervorragende Aufklärungsquote von über 66 Prozent erzielt hat. Dies ist übrigens der höchste Wert seit 50 Jahren, seit Beginn der Erhebung dieser Zahl.

Als Ampel-Koalition setzen wir weiterhin auf eine „transparente, vielfältige, bürgernahe und gut ausgestattete Polizei“ und sind dazu in engem Austausch mit der Gewerkschaft der Polizei. Wir überprüfen stets, ob Neuerungen sinnvoll sind. Anhand von vier Beispielen möchte ich deutlich machen, was wir vorhaben:

Wir werden die hohen Einstellungszahlen der letzten fünf Jahre fortführen, indem jährlich 500 Polizeikommissar-Anwärterinnen

und Anwärter eingestellt werden, um die Zahl von 10.000 ausgebildeten Polizeibeamtinnen und Beamten ab 2024 zu erreichen und dann beizubehalten.

Für die Polizeipräsidien Koblenz und Mainz sowie die Hochschule der Polizei werden wir moderne Einsatztrainingszentren einrichten. Und wir werden natürlich die mehr als einhundert Dienststellen im Land erhalten.

Die Kriminalprävention wollen wir landesweit stärken: So soll neben den erfolgreichen Präventionsprogrammen der Polizei die Initiative „Sicherheitsgefühl in Kommunen“ umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Initiative soll die Kommunen bei der kommunalen Präventionsarbeit unterstützen und die Gründung neuer kommunaler Präventionsgremien forcieren.

Und noch ein vierter Punkt:

Ich habe viele Male in Polizeiinspektionen bei Tag- und Nachtschichten hospitiert. An einen Moment während einer Nachthospitation erinnere ich mich besonders gut: Es war gegen 3.30 Uhr. Wir saßen im Dienstraum, verfassten einen Bericht und es machte sich langsam die Müdigkeit breit. Dann ein Notruf, ein Einsatz! Die Kollegen waren sofort hochkonzentriert. Das einzige was wir wussten: Es geht um häusliche Gewalt. Gleich stellten sich uns Fragen: Ist der Täter bewaffnet? Steht er unter Drogen oder Alkohol? Alles eine Blackbox!

Seitdem finde ich, dass der Einsatz von Bodycams auch in Wohnungen möglich werden sollte. Eine Körperkamera, für jeden

sichtbar getragen, kann deeskalierend und schützend wirken: Sie ist kein Allheilmittel, sie kann aber in manchen Situationen einen Angreifer zurückweichen lassen. Im Koalitionsvertrag haben wir in diesem Sinne zu Bodycams festgelegt, „unter Berücksichtigung der zu erwartenden Rechtsprechung über den Einsatz auch in Wohnungen“ zu entscheiden. In anderen Bundesländern wie in Bayern und Baden-Württemberg ist ein solcher bereits erlaubt; allerdings bestehen noch verfassungsrechtliche Bedenken aufgrund Artikel 13 Grundgesetz, aufgrund der Unverletzlichkeit der Wohnung. Ich meine: Wenn ein Einsatz in Wohnungen oder etwa in Diskotheken grundgesetzkonform geregelt werden kann, sollte in Rheinland-Pfalz eine entsprechende Möglichkeit geschaffen werden.

Die Innenpolitik liegt den Freien Wählern besonders am Herzen, heißt es. Lassen Sie mich an dieser Stelle daher auf die neue Landtagsfraktion eingehen. Ich und sicherlich viele hier im Parlament sind gespannt, welche Ideen sie im Laufe der Legislaturperiode vorbringen und auf welche Art sie im Plenum und in den Ausschüssen mitwirken werden.

Als SPD-Fraktion wollen wir die Initiativen intensiv prüfen und uns mit ihnen konstruktiv auseinandersetzen.

Manche Vorschläge werden mich sicherlich nicht überzeugen: So setzen sich die Freien Wähler ihrem Wahlprogramm zufolge dafür

ein, dass „das Image „Schutzmann auf der Straße“ ... wiederhergestellt werde“. Natürlich sind auch wir für eine große Präsenz der Polizei auf Straßen und Plätzen.

Aber anders als Sie, Liebe Freie Wähler,

setzen wir auf Polizistinnen und Polizisten, die auf der Höhe der Zeit sind. Der Schutzmann Alois Dimpfelmoser, der es mit einem Räuber Hotzenplotz zu tun bekommt, hat ausgedient. Wir wollen keine Pfefferpistolen, sondern modernste Technik. Unsere Beamtinnen und Beamten sind permanent mit neuen und steigenden Anforderungen konfrontiert: Seien es länderübergreifend agierende Banden oder Kriminelle, die einen Cyberbunker wie in Traben-Trarbach betreiben. Oder seien es schwerwiegende Gewalttaten wie die schreckliche Amokfahrt in Trier. **Ein Bundesland wie Rheinland-Pfalz, das im Herzen Europas liegt, ist auf Polizeianwärter und Kommissarinnen, auf Bereitschaftspolizisten und Streifenbeamtinnen, angewiesen, die bestens qualifiziert sind und über eine optimale Ausstattung verfügen – genau darum kümmert sich die Ampel.**

In den vergangenen Wochen sind zwischen den demokratischen Landtagsfraktionen viele Gespräche zu den parlamentarischen Abläufen geführt worden. Es musste etwa die Geschäftsordnung des Landtags erarbeitet werden. Unser Eindruck ist, dass die Freien Wähler bei diesen Absprachen ein konstruktiver und lösungsorientierter Verhandlungspartner waren. Der Austausch

verlief professionell und angemessen. Wir hoffen, dass sich dieser Eindruck verfestigt. Es gehört zur Tradition des rheinland-pfälzischen Landtags, dass die demokratischen Fraktionen bei Verfahrensfragen und punktuell bei sachpolitischen Fragen kooperieren.

Liebe Freie Wähler,

lassen Sie uns an diese Tradition anknüpfen.

Als SPD-Fraktion sind wir gespannt

- ob und wie sie sich von der CDU und der AfD abgrenzen,
- und ob Sie undogmatisch mit den Gesetzentwürfen und Anträgen der Regierungskoalition umgehen.

Als neue Fraktionsvorsitzende würde ich mich freuen, manche Vorschläge mit Ihnen zu erörtern und gegebenenfalls gemeinsam einzubringen – zumindest immer dann, wenn es um Aufbruch und Zukunftschancen geht.

Liebe Freie Wähler, ganz im Sinne ihres Parteinamens kann ich mir eine Anmerkung nicht verkneifen: Unterstützen Sie uns gerne bei Gesetzesvorhaben im Landtag. **Seien Sie so frei!** Machen Sie Ihrem Namen alle Ehre!

Bildungspolitik

Ich bin Mutter von zwei schulpflichtigen Kindern: Als Mama und als Ehefrau eines Mathe- und Musiklehrers können Sie sich vorstellen, dass Schule bei uns daheim oft Thema ist. Wir führen keine

bildungstheoretischen Debatten. Zuhause geht es konkret darum, ob jetzt noch eine Runde „Antolin“ gemacht wird oder ob schon die Englischaufgaben vom BSCW-Server geladen wurde.

So wie mir geht es sicherlich vielen Familien. Bildung und eben auch Bildungspolitik sind sehr bedeutsam. Es geht um die Zukunftschancen unserer Kinder. **Die Bildungspolitik ist neben der Innenpolitik die zweite Herzkammer der Landespolitik.** Wir tragen die Verantwortung für das Betreuen und Forschen, für das Lehren und Lernen – in Kitas, Schulen und Hochschulen. Wir im Landtag stellen die Weichen, wie die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Rheinland-Pfalz auf die Zukunft vorbereitet werden. Das ist eine große Verantwortung, der wir gerecht werden.

Die Regierungskoalition macht in diesem Sinne ihre Hausaufgaben, wie Fakten belegen:

- Bei der Betreuungsquote der Drei- bis Unter-sechs-Jährigen ist Rheinland-Pfalz seit Jahren Spitze. Im letzten Jahr vor der Schule besuchen sogar 99 Prozent der Kinder eine Kita.
- Rheinland-Pfalz hat bundesweit im Ländervergleich die kleinsten Grundschulklassen.
- Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Rheinland-Pfalz ein junges und daher dynamisches Lehrerkollegium in den allgemeinbildenden Schulen.

Die rheinland-pfälzische Bildungspolitik mit Ministerin Dr. Stefanie Hubig zeichnet seit Jahren aus: eine gute Unterrichtsversorgung, kleine Klassen, der stetige Ausbau von Ganztagschulen sowie

Chancengerechtigkeit auch durch Integration und bedarfsgerechte Inklusion.

Doch wir ruhen uns nicht aus, weil wir wissen: **Wenn wir nicht immer am Ball bleiben, werden unsere Vergleichsnoten mit der Zeit schlechter – wie bei jedem Schüler und jeder Schülerin, die sich nicht anstrengen.** Daher widmen wir im neuen Koalitionsvertrag das erste inhaltliche Kapitel der Bildung. Drei Beispiele zeigen, wo wir in Zukunft noch besser werden wollen:

Mit dem neuen Kita-Gesetz haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Rheinland-Pfalz in der Kindertagesbetreuung weiterhin einen Spitzenplatz einnimmt. Nun erfolgt zum 1. Juli ein wichtiger Umsetzungsschritt. Wir setzen verstärkt auf multiprofessionelle Teams, auf den Ausbau der Kitasozialarbeit und die Weiterentwicklung der alltagsintegrierten Sprachförderung.

Die Schulen im 21. Jahrhundert stehen vor großen Herausforderungen: Sie müssen die Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen einer globalisierten und digitalen Welt vorbereiten. Wir schaffen daher die „Schulen der Zukunft“ und werden unter anderem einen „Zukunftsfonds Schule“ einrichten. **Im Bereich der digitalen Bildung werden wir beide Seiten der Medaille stets im Blick haben – die technische Ausstattung unserer Schulen sowie die Weiterentwicklung der digitalen Bildung und Pädagogik.**

Ein zentraler Baustein ist und bleibt eine gute Unterrichtsversorgung: Wir werden diese weiter verbessern.

Unsere Leitschnur ist: Schulen brauchen genügend Stunden zur verlässlichen Abdeckung des Pflichtunterrichts sowie für zusätzliche Differenzierungs- und Fördermaßnahmen.

Während eine andere Fraktion dieses Hauses zurück zum dreigliedrigen Schulsystem wollen und die CDU-Fraktion mit ihren Forderungen hin- und herschwenkt, gestalten wir den Wandel. **Die Ampel-Koalition steht für das Neue in der Bildungspolitik.**

In den kommenden Monaten werden wir zudem mit dem „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ und dem Familiensommer 2021 dafür sorgen, dass pandemiebedingte Lernrückstände durch zusätzliche Förderangebote aufgeholt werden können. Außerdem sollen die Kinder eine unbeschwerte Ferienzeit genießen: Nach den für viele Kinder so belastenden Lockdown-Monaten ist das von immensem Wert. Wir setzen daher auf individuelle Unterstützung für Familien in der Schul- und Ferienzeit. Etwa über die Stärkung der qualifizierten Hausaufgabenhilfe und über Feriensprachkurse.

Als Ampel-Bündnis haben wir im Koalitionsvertrag klar geregelt, dass ein finanzpolitischer Schwerpunkt dieser Jahre die aktive Gestaltung laufender Transformationsprozesse auch im Bildungsbereich ist. Diese Priorisierung zeugt davon, dass wir eine genaue Vorstellung haben, wo Kürzungen in diesem Veränderungsjahrzehnt völlig falsch wären – etwa bei der Betreuung und Bildung unserer Kinder. **Finanzpolitisch werden wir in der 18. Legislaturperiode zwei Dinge unter einen Hut bringen – verantwortungsvolle Haushaltspolitik im Sinne der künftigen**

Generationen sowie Investitionspolitik im Sinne eines Aufbruchs.

Doris Ahnen ist hierfür die Garantin.

Als SPD-Fraktion haben wir alle Bereiche unserer Gesellschaft im Fokus. Unser Ziel ist es, unterschiedliche Blickwinkel einzubringen und zu vereinen. Dafür steht die SPD-Landtagsfraktion auch in ihrer Zusammensetzung.

Wir sind mit 39 Frauen und Männern die größte Landtagsfraktion. Meine Fraktion ist im Altersdurchschnitt vergleichsweise jung und steht voll im Leben. Unsere Altersspanne reicht von 32 Jahren bis 68 Jahren. Meine Fraktion ist mit die weiblichste und wahrscheinlich die mit den meisten Kindern.

Die SPD-Fraktion ähnelt am ehesten dem Querschnitt von Rheinland-Pfalz. Keiner macht uns etwas vor, wenn es um die Interessen verschiedener Berufe und Branchen geht: Zur SPD-Fraktion gehören eine Neurowissenschaftlerin und ein IT-Techniker, eine Krankenschwester und ein Arzt, ein Straßenwärter und ein Elektrikermeister, eine Sparkassenmitarbeiterin und ein Polizist, ein Maschinenbautechniker und Betriebsräte. Sowie Pädagoginnen, Juristen, Lehrerinnen und Historiker.

Unsere Abgeordnete sind kommunalpolitisch aktiv, sieben wirken gar derzeit als Ortsbürgermeister: Uns braucht niemand zu sagen, welche Themen den Kommunalpolitikerinnen und -politikern in Rheinland-Pfalz auf den Nägeln brennen. Die rheinland-pfälzischen Kommunen mit ihren Gemeinderäten, Verbandsbürgermeisterinnen

und tausenden Mandatsträgern liegen uns am Herzen. Wir sind näher dran.

Es ist unser politisches Lebenselixier, sich vor Ort zu kümmern. Wir hören jeder zu, die ein Anliegen hat und zu uns kommt. Für mich und meine Fraktion gilt: **Wir machen nicht Politik für Erika und Max Mustermann.** Nein, wir respektieren jede und jeden mit seiner Individualität. Auch wenn wir als Legislative allgemeingültige Gesetze entwerfen, die für alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer gelten, sind wir uns sehr bewusst, dass unser Wirken Individuen gilt.

Als SPD-Fraktion ist es uns wichtig, Politik auch für arme und benachteiligte Menschen zu machen. Als damalige Ministerin habe ich den Beteiligungsprozess „Armut begegnen - gemeinsam handeln“ durchgeführt. Im ganzen Land wurden Beteiligungsforen und Workshops veranstaltet – beispielsweise gemeinsam mit der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege. Schließlich haben wir konkrete Verbesserungen auf den Weg gebracht – etwa ein Sonderprogramm zur Förderung von lokalen Servicestellen zur Armutsprävention. Zur Stärkung der Arbeit mit Betroffenen erfolgt eine Extra-Förderung von Schuldnerberatungsstellen. Überdies wurden Projekte zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut, die Gemeinwesenarbeit in sozial benachteiligten Stadtteilen und die Förderung von Orten des Zusammenhalts ausgeweitet. Der Beteiligungsprozess liegt mir sehr am Herzen; er wird auch in den kommenden Jahren viel Positives anschieben.

Ich bin stolz, der SPD-Fraktion vorstehen zu dürfen. **Meine Leitschnur ist: Politik mit Mut, Leidenschaft und Entschlossenheit.** Das passt zur SPD-Fraktion und zu Rheinland-Pfalz. Als Fraktionsvorsitzende möchte ich mich nicht vorrangig abstrakten Fragen widmen, die im akademischen Elfenbeinturm oder in Sonntagsreden gelöst werden wollen. Mir ist wichtig, praktische und bürgernahe Politik zu machen.

Konkrete Politik immer im Blick: Das ist mein Arbeitsstil. In der Landtagsfraktion, diesem Maschinenraum der Demokratie, muss und wird es brummen, und wir werden die Kraft auf die Straße bringen! Dies bedeutet, dass wir immer wieder neue Ideen in die Regierungsarbeit und in die Parlamentsarbeit einbringen.

Einen bürgernahen Politikstil brachte ein nicht ganz Unbekannter auf den ikonischen Satz: „Nah bei de Leut“.

Ich werde viel im Land unterwegs sein. Mit denen sprechen, für die wir Politik machen – das sind nicht immer die Ansprechpartnerinnen in Institutionen oder Organisationen. Nein, es sind an allererster Stelle die Bürgerinnen und Bürger. Es sind die Menschen, auf die wir treffen, auf der Kirmes und auf den Schützenfesten, die hoffentlich bald wieder stattfinden können. Auf Weinmärkten, Marktplätzen oder in Bürgerinnensprechstunden – analog oder virtuell.

Eins meiner Schwerpunktthemen wird das ehrenamtliche Engagement sein. Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat in den vergangenen Jahren das Ehrenamt zur Chefsache erklärt,

viele neue Impulse zum Ehrenamt gesetzt und wichtige Initiativen fortgeführt: Es sei nur an die erfolgreiche rheinland-pfalzweite Ehrenamtskarte, die Leitstelle für das Ehrenamt, die direkt in der Staatskanzlei angesiedelt ist oder den Ehrenamtstag erinnert. Rheinland-Pfalz ist Ehrenamtsland. Dafür steht Malu Dreyer. Unser Bundesland nimmt mit 48,3 Prozent beim freiwilligen Engagement der Bürgerinnen und Bürger bundesweit Platz 1 ein.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass es trotz des großen Engagements knirscht. Aus Musikschulen höre ich: Ein Jahrgang droht verloren zu gehen. Kultur- und Brauchtumsvereine haben sich an mich gewandt mit der Bitte um Unterstützung. Und jüngst erzählte mir der Trainer eines Sportvereins: Er müsse 300 Euro aus eigener Tasche zahlen, damit die Fluchtlichtanlage zum Training nicht abgeschaltet werde. Die Corona-Pandemie mit mehreren Lockdowns hat die Lage für viele Vereine noch verschärft.

Ich glaube, dass genau jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um das Vereinsleben anzuschieben: Viele Ehrenamtliche wollen wieder durchstarten und benötigen Unterstützung. Und Rheinland-Pfalz ist auf das ehrenamtliche Engagement angewiesen. **Ohne unsere aktive Bürgerschaft würde unser Gemeinwesen ausdörren und veröden.**

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr das Soforthilfe-Programm „Schutzschild für Vereine in Not“ aufgelegt. Dieses ist bis Ende dieses Jahres befristet. **Ich möchte mich dafür einsetzen, dass das Programm verlängert wird.** Überdies sollen Vereine weiterhin eine intensive Beratung zu Hilfsmitteln und

Unterstützungsleistungen erhalten. **Gleichzeitig wird die SPD-Fraktion einen Dialogprozess mit Vereinen und der Vereinslandschaft starten.** Ich habe meiner Fraktion vorgeschlagen, in der gesamten 18. Legislaturperiode einen Schwerpunkt auf das Thema Ehrenamt in Rheinland-Pfalz zu legen. Wir werden Gesetze und Verordnungen darauf abklopfen, ob sie gut für das Ehrenamt sind: **Wir werden einen Ehrenamts-Check einführen.**

Die Corona-Pandemie

**„Es wurde(n) folgende(r) Impftermin(e) für Sie reserviert:
Impftermin 1: 22.06.2021 19:30 Uhr...**

Die Adresse des Impfzentrums lautet: Impfzentrum Wissen“

Als letzte Woche eine E-Mail der „Impfdokumentation-RLP“ in meinem Postfach landete und ich diese Zeilen las, habe ich große Erleichterung gespürt. Wie Tausende andere auch, die registriert sind und auf ihre Impfung warten. In diesem Moment ist mir sehr bewusst geworden, dass es in der Pandemiebekämpfung mit großen Schritten vorangeht und die Normalität Stück für Stück wieder Einzug hält.

Die vergangenen fast eineinhalb Jahre prägte die Corona-Pandemie unser aller Leben und Arbeiten. Auch meins als damals zuständige Ministerin: Es ging etwa darum, in einem hohen Tempo hunderte Entscheidungen zu treffen - etwa zur verlässlichen Beschaffung von FFP2-Masken, zur Zahl von invasiven Beatmungsgeräten in

Kliniken und zur Etablierung von Hygienemaßnahmen im ganzen Land.

Für all diese Fragen ist nun Clemens Hoch zuständig.

Es ist noch zu früh, um eine abschließende Bilanz zu ziehen, wie wir in Deutschland und Rheinland-Pfalz durch die größte Krise seit Ende des Zweiten Weltkriegs gekommen sind.

Mein Beileid gilt den Menschen, die Verwandte, Freunde oder Bekannte verloren haben. Bisher sind 3.830 Menschen in Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit einer Covid-19-Infektion gestorben. **Mein Mitgefühl und meine Gedanken sind auch bei denen, die von der Pandemie brutal getroffen wurden.** Bei den hunderttausenden Menschen,

- die über Monate hinweg als Pflegekräfte und Ärzte bis zu ihrer Belastungsgrenze oder darüber hinaus gearbeitet haben,
- die einen Arbeitsplatz verloren haben,
- die an Long-Covid leiden, und
- die viele Wochen in kleinen Wohnungen eng zusammenhocken und Homeworking und Homeschooling irgendwie in Einklang bringen mussten.

Mit Zorn erfüllt es mich daher, wie Querdenker und Rechtsextreme das Leid leugnen und Verschwörungstheorien verbreiten. Sie versuchen auf eine populistische Art Stimmung gegen staatliche Entscheidungen zu machen. Sie haben sich aus dem demokratischen Diskurs verabschiedet. Sie zweifeln offenbar schon an Artikel 2 Absatz 2 Grundgesetz: „Jeder hat das Recht auf Leben

und körperliche Unversehrtheit.“ Es ist gut, dass Teile der Querdenkerszene vom rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz beobachtet werden.

Lassen Sie uns zu etwas Positivem schwenken: Während der Pandemie haben sich überall in Rheinland-Pfalz Gemeinsinn, ehrenamtliche Unterstützung und Nachbarschaftshilfen ausgebreitet. Hunderttausende Menschen haben für Mitmenschen angepackt oder unterstützt – sei es beim Einkaufen, bei der Fahrt zum Impftermin oder einfach indem sie über Gartenzäune hinweg miteinander redeten. **Dieses Füreinanderdasein war und ist Goldwert.**

Die Pandemie hat uns allen auch emotional sehr viel abverlangt. Wir hatten in den vergangenen fünfzehn Monaten große Sorgen – um unsere Gesundheit, um die Zukunft der Kinder, die Funktionsfähigkeit des Staates, viele auch um ihre Jobs. In einer solchen aufreibenden Zeit ist es essentiell, sich nicht auf sich zurückziehen zu müssen. Man benötigt Mitmenschen, mit denen man sich austauschen kann. Mit denen man seine Gedanken und Gefühle teilen kann.

Zum Glück erleben wir nun eine neue Phase: Mit dem rasanten Fortschritt beim Impfen, mit den warmen Sommermonaten und mit dem verantwortungsvollen Agieren vieler Menschen ist die Inzidenz in Rheinland-Pfalz stark gesunken. Ab morgen gelten dank des „Perspektivplans“ weitere Lockerungsschritte. **Positive Gefühle wie Optimismus, Freude und Fröhlichkeit werden in diesem**

Sommer unser Leben bestimmen. Es ist die Zeit gekommen für Beisammensein und Lachen, für Klönen und miteinander anstoßen.

Arbeitspolitik und Wirtschaftspolitik

Yüksel Öztürk ist Betriebsratsvorsitzender bei Faurecia, einem Automobilzulieferer aus Scheuerfeld. Mit ihm spreche ich oft. Yüksel und seine Kollegen spüren die Auswirkungen der Digitalisierung und der Transformation. Sie erleben hautnah die Sorgen um ihre Arbeitsplätze. Und was schlussfolgern sie aus dem? Sie packen an und gestalten mit dem Betriebsrat, der Gewerkschaft und der Unternehmensleitung ihre Arbeitswelt von morgen um. Damit sichern sie den Standort und ihre Arbeitsplätze und stärken als Nebeneffekt die Region.

Was auf uns alle zukommt, ist uns von der Ampel-Koalition sehr bewusst: Im Veränderungsjahrzehnt gehen wir daher die großen Herausforderungen in der Arbeits- und der Wirtschaftspolitik beherzt an. Leitschnur unseres Handelns ist das Wissen, dass die Unternehmen, die Selbstständigen sowie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz die Grundlage unseres Wohlstands legen. Es ist also ganz klar, dass wir mit einer starken Sozialpartnerschaft dafür sorgen wollen, dass Rheinland-Pfalz ein nachhaltiges Industrieland mit Zukunft bleibt. Wir müssen immer die Stärken der Großbetriebe, des Mittelstands und der kleinen Unternehmen, die zusammen den größten Teil der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz ausmachen, im Blick haben. Es geht um die

Sicherung bestehender Stellen und um die Schaffung neuer, dauerhafter und gut bezahlter Arbeitsplätze.

Wir müssen uns dabei nicht verstecken:

Seit 2003 belegte Rheinland-Pfalz bei der Arbeitslosenquote im Länderranking einen dritten Platz.

Bei der auf die Industrieproduktion bezogenen Exportquote lag Rheinland-Pfalz 2020 im Vergleich der Flächenländer auf Platz 2.

Rheinland-Pfalz ist einer der Top-Chemiestandorte in Deutschland – mit rund 464.000 Beschäftigten im Jahr 2019.

Die Landesregierung mit Minister Alexander Schweitzer wird es schaffen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz weiterhin sichere Arbeitsplätze haben und dass dank staatlicher Unterstützung die Transformation gelingt.

Im Koalitionsvertrag haben wir Dutzende neue Ideen versammelt, um Rheinland-Pfalz im Bereich Arbeits- und Wirtschaftspolitik fit für die Zukunft zu machen. Lassen Sie mich drei aufzählen:

- Wir werden gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern eine Transformationsagentur für Unternehmen, Organisationen und Beschäftigte gründen. Es sollen dort unter anderem Best Practice-Beispiele und Strategien entwickelt werden, wie die Veränderungen gestaltet werden können.

- Wir werden Rheinland-Pfalz zu einem bundesweit führenden Standort in der Biotechnologie und Altersforschung machen. Malu Dreyer hat vor wenigen Tagen ein 100-Millionen-Euro-Investitionsprogramm für die Biotechnologie vorgestellt.
- Mit einer umfassenden Gesamtstrategie nehmen wir das städtische Leben in den Blick. Gerade während der Corona-Pandemie ist uns deutlich geworden, wie sehr zum rheinland-pfälzischen Lebensgefühl auch florierende Innenstädte mit bezahlbarem Wohnen, lokalem Handel, Gastgewerbe und Kultur gehören. In diesem Wissen haben wir im Koalitionsvertrag beschlossen, Instrument der Städtebauförderung und Mittel der Wirtschaftsförderung gezielt einzusetzen. Eine gute Aufenthaltsqualität im Umfeld von Geschäften und Gastronomie soll unsere Innenstädte zu beliebten Treffpunkten machen.

Ich bin mir sicher, dass unsere Maßnahmen Erfolg haben. **In Rheinland-Pfalz leben derzeit so viele Menschen wie noch nie in seiner mehr als 70-jährigen Landesgeschichte.** Für Ende 2020 registrierte das Statistikamt rund 4,1 Millionen Personen. Die Einwohnerzahl ist damit zum neunten Mal in Folge gestiegen. Im Ampel-Koalitionsvertrag sind viele Ideen und Vorschläge versammelt, so dass Rheinland-Pfalz weiterwächst.

Umwelt- und Klimaschutzpolitik

Kennen Sie Haubergsgenossenschaften?

Bei uns im Westerwald und im angrenzenden Siegerland war früher fast jede Familie dort Mitglied, so auch wir. Die forstwirtschaftliche

Nutzung des eigenen Haubergs wurde in Gemeinschaft übernommen. Es war so quasi selbstverständlich, dem Wald eine große Aufmerksamkeit zu widmen. Damals war der Klimawandel noch kein Thema; heute aber ist dramatisch, was mit unseren Wäldern passiert. Aufgrund des Borkenkäfers, wegen Dürreperioden und Stürmen. Dies hat Folgen für uns alle, und eben auch für Waldinteressentengemeinschaft und Haubergsgenossenschaften.

Die Ampel-Koalition hat sich aus voller Überzeugung dem Ziel verschrieben, die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels und die Erderwärmung zu begrenzen. Lassen Sie mich kurz aus dem Koalitionsvertrag zitieren: „Konsequenter Klimaschutz schützt nicht nur unsere Natur und trägt zum Erhalt unserer Wälder und unserer Artenvielfalt bei, sondern ist grundsätzliche Voraussetzung, um unseren Kindern einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.“

Wir werden unseren Beitrag leisten, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai dieses Jahres gerecht zu werden. Das Klimaschutzgesetz des Bundes sei teilweise verfassungswidrig, weil Lasten auf die Zeit nach 2030 verschoben und so Freiheitsrechte der jüngeren Generation verletzt würden, so die Richter. Für uns zeigt das nochmal deutlich: Auch wir müssen und wollen Klimapolitik für die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen machen. **Wir müssen in den nächsten Jahren deutlich entschiedener vorankommen, um unserer Verantwortung zur Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens und zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels gerecht zu werden.** Dazu gehört die

Unterstützung unserer Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität und der deutliche Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Rheinland-Pfalz soll daher in einem Korridor zwischen 2035 und 2040 klimaneutral werden. Dafür sollen die Windkraftleistung und die Menge der Solarenergie deutlich erhöht werden. Bei gewerblichen Bauten sowie bei Parkplätzen mit mehr als 50 Stellplätzen sollen beispielsweise die Besitzer zur Einrichtung von Solaranlagen verpflichtet werden.

Mit Blick auf den Ausbau der Windkraftanlagen lassen wir keine Zeit verstreichen: Das Innenministerium hat bereits neue Vorgaben zu Mindestabständen verfügt. Überdies sind weitere Gesetzes- sowie Verordnungsänderungen in Arbeit, die bald vorgestellt werden.

Für uns als SPD-Fraktion steht fest, dass wir im Kampf gegen den Klimawandel nicht drumherum kommen, in Waldgebieten neue Windkraftanlagen zu erlauben. Dennoch wollen wir auch hier **Maß und Mitte bewahren**: Wir haben daher im Koalitionsvertrag festgelegt, dass die Kern- und Pflegezonen des Biosphärenreservats Pfälzerwald von der Windenergienutzung ausgenommen sind. In Entwicklungszonen werden Anlagen vor allem entlang von Autobahnen unter vielfältigen Beteiligungen ermöglicht. Der UNESCO-Welterbestatus im Pfälzerwald darf nicht gefährdet werden.

Für mich ist der rheinland-pfälzische Wald Lebensquell, Heimatort, Erholungsraum und Wirtschaftsfaktor: Ich komme aus einer Region, in der der Wald eine immense Bedeutung hat. Bis hinein in

das Brauchtum, in Volkslieder und jedwede Alltagskultur. **Es gibt für mich daher keine Alternative, als den Klimaschutz und den Schutz des Waldes zusammenzudenken.** Nur wenn wir es schaffen, dass der weltweite Temperaturanstieg lediglich moderat ausfällt und dass Dürrezeiten und Sturm- und Starkregenereignisse nicht häufiger auftreten, kann der rheinland-pfälzische Wald gesünder werden. Ebenso müssen wir die Forstwirtschaft weiterentwickeln und verstärkt solche Bäume anpflanzen, die mit den neuen Klima- und Wetterbedingungen umgehen können. **Eine Gleichung, die Orientierung gibt, ist denkbar einfach: Klimaschutz ist Waldschutz.**

Kein Verständnis habe ich für das Klima-Gerede der CDU: Vier Millionen neue Bäume wollte die CDU in Rheinland-Pfalz pflanzen lassen. Wer glaubt, dass so eine Maßnahme bei über einer halbe Milliarde Bäume in Rheinland-Pfalz den Klimawandel messbar stoppt, ist auf dem Holzweg. **Unser Plastikproblem ist nicht passé, wenn jeder einen Coffe-to-go weniger trinkt.**

Die Klimaschutzpolitik verdeutlicht, was die Politik von Malu Dreyer und die Politik der Rheinland-Pfalz-CDU unterscheidet: Die Ministerpräsidentin hat vor der Landtagswahl klar ausgedrückt, dass der Pfälzerwald für Windkraftanlagen nicht gänzlich tabu sein kann. Nun hält sie Wort. Malu Dreyer steht für einen Stil der Transparenz. Die CDU hingegen sagt, sie wolle sich stärker gegen den Klimawandel engagieren; in Wahrheit aber wird gegen Windkraftanlagen im Pfälzerwald polemisiert. Die Union ist auch

die einzige demokratische Landtagsfraktion, die keine Angaben macht, in welchem Jahr Rheinland-Pfalz klimaneutral sein soll.

Dennoch habe ich Hoffnung auf Bewegung bei der CDU. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Martin Brandl, hat gestern in einem Interview der Rheinpfalz angedeutet, er könne sich Windkraftanlagen in einem „Korridor links und rechts der Autobahn von drei Kilometern“, in den Entwicklungszonen des Pfälzerwaldes, vorstellen. Ich bin daher hoffnungsfroh, dass die Ampel-Koalition und die CDU-Fraktion in einem wichtigen Punkt geeint vorwärtskommen können – den Klimaschutz als Staatsziel in die Landesverfassung aufzunehmen.

Herr Baldauf,

gerne würden wir einen entsprechenden Weg zur Verfassungsänderung mit der CDU-Fraktion gehen. Die jüngeren Generationen werden es uns danken.

In diesen Landtag haben die Wählerinnen und Wähler noch eine sechste Fraktion gewählt, die sogenannte „Alternative für Deutschland“.

Für uns ist die AfD keine demokratische Partei: In den Reihen der Bundespartei der AfD tummeln sich Rechtsextreme, Populisten, Identitäre und Braune. Es ist verständlich, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz die gesamte AfD zum Verdachtsfall erklärt hat. Grundlage für die Beobachtung ist offenbar ein rund 1000 Seiten langes Gutachten, indem die Juristen und Rechtsextremismus-Experten etliche Belege für mutmaßliche Verstöße gegen die

freiheitlich-demokratische Grundordnung zusammengetragen haben.

Für die Sozialdemokratie ist der Kampf gegen Rechtsaußen seit jeher ein Schwerpunktthema. Seit 158 Jahren schon. Diesen Kampf werden wir auch in diesen Jahren, auch im rheinland-pfälzischen Landtag, fortführen. Wir werden immer vorpreschen und das Wort ergreifen, wenn Rechtsradikale und Neonazis hetzen und heucheln, diffamieren und diskriminieren.

Für uns steht daher unumstößlich fest, dass wir mit der AfD-Fraktion nicht zusammenarbeiten – weder inhaltlich politisch noch in anderen Fragen.

Denn für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es undenkbar, sich mit solchen abzugeben,

- die Minderheiten stigmatisieren und gegen sie hetzen,
- die Gewalt gegen Andersdenkende befeuern oder zumindest in Kauf nehmen,
- die braunes Vokabular wie „Umvolkung“ und „Bevölkerungsaustausch“ bewusst nutzen.

Die AfD will oft mit gezielten Grenzüberschreitungen einen geordneten Parlamentsbetrieb torpedieren. Einzelne AfD-Politiker wenden sich gegen die freiheitliche Gesellschaft und versuchen die parlamentarische Demokratie zu gefährden. Dies lassen wir jedoch nicht zu. Ich bin guter Hoffnung, dass die Bedeutung der AfD auch im rheinland-pfälzischen Landtag weiter abnimmt:

- Die AfD hat bei der Landtagswahl in diesem Jahr über 100.000 Stimmen weniger erhalten als 2016. Es hat sich offenbar herumgesprochen, wie verachtenswert die AfD ist.
- Die Partei erhielt in der 17. Wahlperiode auch viel Aufmerksamkeit, weil sie erstmals in den Landtag eingezogen war. Das ist vorbei.
- Schließlich hat sich die RLP-AfD endgültig ins parteiinterne Chaos gestürzt. Ausschlussverfahren und Diffamierungen aller Art beherrschen die Schlagzeilen. Sachpolitik findet nicht statt.

Mein Eindruck ist, dass die rheinland-pfälzische CDU klare Kante im Kampf gegen Rechtsradikale und die AfD zeigt. Dies ist nicht gering zu schätzen: Es ist für die Demokratie immens wichtig, dass diese Grenzziehung intakt ist. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen zusammenstehen, um Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus gemeinsam zu bekämpfen.

Ich hoffe, dass auch die Union bundesweit endlich wach wird: CDU-Politiker aus verschiedenen Teilen Deutschlands sind auf Irrwegen und kopieren zum Teil die Sprache der Rechtsradikalen und von der AfD: Es sei nur an die abstruse Truppe der „WerteUnion“ und an den CDU-Bundestagskandidaten Hans-Georg Maaßen erinnert.

Politiker der Union sind in diesen Monaten in Deutschland die Inbegriffe für politische Skandale und politisches Scheitern. Da ist einmal Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer: Nach eineinhalb Jahren Untersuchungsausschuss zur Pkw-Maut ist klar, dass in seinem Ministerium schwere Fehler und Verstöße gegen

das Haushalts- und Vergaberecht begangen und dann vertuscht wurden. Die Zeitung „Zeit“ fragt: „Wie dreist darf ein Minister sein?“ All das hält Herrn Scheuer aber nicht davor ab, persönliche Konsequenzen zu ziehen. Besonders ärgerlich ist, dass Herr Scheuer auch bei zwei Themen, die für Rheinland-Pfalz immens wichtig sind, nichts zu Wege bringt:

- Für das Rheinland, die Pfalz und für Rheinhessen ist es überfällig, dass Schritte zur Reduzierung des Bahnlärms eingeleitet werden. Bis heute ist nichts Essentielles passiert.
- Das ländlich geprägte Rheinland-Pfalz leidet darunter, dass in vielen Regionen die Mobilfunkabdeckung unzureichend ist. Wer kommt nicht in die Pötte? Herr Scheuer!

Beschämend sind auch die Vermittlungshonorare, welche CDU- und CSU-Politiker während der Pandemie kassiert haben.

Mehrere Millionen Euro haben Unionspolitiker, die vom Volk gewählt wurden und für das Volk wirken sollen, eingestrichen. Diese Raffzahn-Mentalität strahlt bis in die Landespolitik aus: Noch immer werde ich von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen.

Mir ist sehr wohl bewusst, dass wir Parteimitglieder der zwei Volksparteien nicht für jeden haftbar gemacht werden können, der aus unserer Partei Fehlverhalten an den Tag legt. Allerdings weist die Union eine lange Geschichte der Schwarzen Kassen, der Spendenaffären, der zweifelhaften Deals und der Intransparenz auf. Es ist die alte CDU, an die wir permanent erinnert werden.

Auch der erste CDU-Antrag in dieser Legislaturperiode steht sinnbildlich für eine CDU, die nur altes aufwärmt oder wichtiges

verschweigt: In dem Antrag zu Soforthilfen und einer Altschuldenlösung für Kommunen wird ausgeblendet, dass die Union auf Bundesebene eine Lösung der kommunalen Altschuldenproblematik verhindert hat. Überdies wird nicht mal erwähnt, dass das Land die Kommunalfinanzen in schwierigen Zeiten unterstützt. Beispielsweise erreicht der aufgespannte landesfinanzierte Schutzschirm für das vergangene Jahr 708 Millionen Euro, zusammen mit den Hilfen des Bundes für den Ausgleich der Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer sogar über 900 Millionen Euro. Und: Der rheinland-pfälzische Stabilisierungsmechanismus im Kommunalen Finanzausgleich, bundesweit übrigens einzigartig, sorgt dafür, dass die Finanzausgleichsmasse trotz erheblicher Steuermindereinnahmen des Landes auch in den nächsten Jahren steigt. Von alledem ist im CDU-Antrag nichts zu lesen.

Herr Baldauf,

Ihre erste wahrnehmbare inhaltliche Äußerung in der neuen Legislaturperiode ist bezeichnend: Mit harschen Worten haben Sie die von der Bundesregierung geplante Beteiligung der Vermieter an der neuen CO₂-Abgabe kritisiert. Diese von Union und SPD angedachte Übereinkunft, dass Vermieter wenigstens zur Hälfte an den höheren Heizkosten zu beteiligen sind, ist gerecht und sachgemäß. Herr Baldauf, Sie fallen an der Stelle hunderttausenden Mietern in den Rücken.

All das zeigt, dass die rheinland-pfälzische CDU für das Alte steht. Es erklärt, warum sie seit drei Jahrzehnten bei Landtagswahlen immer schlechter abschneidet als bei Bundestags-, als bei Kommunal- und als bei Europawahlen. Ein Grund für die jüngste Ideenlosigkeit dürften übrigens auch ungelöste fraktionsinterne Konflikte sein.

Um sich ein Gesamtbild über den Zustand der CDU zu machen, reicht es aus, sich die CDU-Slogans der vergangenen Monate anzuschauen:

- Letztes Jahr hieß es mal „Baldauf auf Empfang“. Was hat er denn „empfangen“?, fragt man sich. Einen Anruf von Angela Merkel, die sich für viele Wahlkampfaufritte in Rheinland-Pfalz ankündigte. Wohl nicht.
- Bis zum 14. März 2021 prangte überall im Land: „Wir machen das“. Dem kann man nur zustimmen. Die rheinland-pfälzische CDU hat es 2021 gemacht wie 2016, wie 2011 und wie bei vielen Landtagswahlen zuvor.
- Und jetzt springt einem auf der CDU-Homepage der Slogan „Wegen morgen“ ins Auge. Mit Verlaub, die CDU in Rheinland-Pfalz ist eher von vorgestern.

Schluss teil

Anders als die rheinland-pfälzische CDU symbolisieren die SPD-Fraktion und die Ampel-Koalition das Neue.

Anders als die CDU, die eher Angst vor der Zukunft verbreitet, treibt uns Hoffnung an. Eine begründete, nicht naive Hoffnung. Wir sind

positiv gestimmt. Dies führt auch dazu, dass wir Potenziale beim Schopfe packen.

Wir leben in einer Hybrid-Zeit. In einer Zeit, in der Dinge, die vor Jahren noch als widersprüchlich empfunden wurden, vereint und unter einen Hut gebracht werden:

Es gibt

- Autos ohne Auspuff.
- Bücher ohne Druckerschwärze.
- Kaffee ohne Koffein.
- Wurst ohne Wurst.

In dieser Zeit kann es keine politischen Holzhammer-Entscheidungen geben, die nur einen Blickwinkel akzeptieren. Es kann nicht um ein politisches „Entweder-Oder“ gehen. Es kommt auf ein „Sowohl-als-Auch“ an, wie es in einem anderen Zusammenhang einst Willy Brandt formulierte.

Um die Gesellschaft zusammenzuhalten und allen Menschen Chancen zu eröffnen, wird die Ampel eine **Koalition der guten Kompromisse** sein. Als Ampel-Bündnis wissen wir, dass der Ausgleich in einer vielfältigen Gesellschaft das A und O ist. Als Fraktionsvorsitzende der größten Landtagsfraktion werde ich meinen Beitrag dafür leisten, dass diese Koalition die Herausforderungen der Zukunft angeht und gleichzeitig Maß und Mitte findet.

Wir werden Rheinland-Pfalz mit Mut, Leidenschaft und Entschlossenheit gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie uns hier im Landtag stets leidenschaftlich debattieren. Lassen Sie uns in den Ausschüssen intensiv und auf hohem Niveau nach Lösungen suchen. Der Landtag, das Deutschaus, müssen auch weiterhin das Zentrum der Demokratie in Rheinland-Pfalz sein. Es ist die Pflicht von uns Volksvertreterinnen und Volksvertretern, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzustehen – für die Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit und das Demokratieprinzip.

Ich freue mich auf die nächsten fünf Jahre mit Malu Dreyer an der Spitze. Ich freue mich auf Politik für Rheinland-Pfalz. Auf Politik für die Menschen

- für Handwerksmeisterinnen und Gesellen, für Angestellte in Schuhgeschäften und bei Zeitarbeitsfirmen, für Beamtinnen und Polizisten,
- für Studierende und Senioren, für Schülerinnen und Lehrer, für Babys und Kleinkinder, für Väter, Mütter und Großeltern,
- für Boomer und Zoomer, für Kulturschaffende und Lebenskünstler, für Weinliebhaber und Ehrenamtliche.

Packen wir es an. Wir freuen uns. Auf das Neue.